

26.10.92**Empfehlungen
der Ausschüsse**EG - Fz - U - Wizu Punkt der 648. Sitzung des Bundesrates am 6. November 1992

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat über den Mineralölmarkt und die mineralölverarbeitende Industrie in der Gemeinschaft: neue Entwicklungen und Perspektiven

KOM(92) 152 endg.; Ratsdok. 6175/92

A

Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaften (EG),
der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (U) und
der Wirtschaftsausschuß (Wi)
empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage wie folgt Stellung zu nehmen:

- | | |
|----------|--|
| Wi | 1. Der Bundesrat nimmt die Mitteilung der Kommission, die eine umfassende Analyse der Situation und der Entwicklungsperspektiven des Mineralölmarktes und der mineralölverarbeitenden Industrie in der Gemeinschaft darstellt, zur Kenntnis. |
| EG
Wi | 2. Der Bundesrat schließt sich der in dieser Mitteilung enthaltenen Bewertung der wichtigsten Daten zur Situation der europäischen Mineralölwirtschaft an und begrüßt grundsätzlich die daraus resultierenden energiepolitischen Schlußfolgerungen der Kommission für die weitere Entwicklung des Mineralölmarktes und der mineralölverarbeitenden Industrie. Die Mitteilung bietet eine geeignete Grundlage für die weitere Diskussion in den zuständigen Gremien und Verbänden der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten. |

Ausgeliefert am 27. OKT. 1992

Ungeachtet der grundsätzlichen Übereinstimmung mit den Aussagen zur Mineralölwirtschaft weist der Bundesrat im Hinblick auf die weiteren Beratungen der Vorlage in Brüssel auf folgendes hin:

- Bei der Verwirklichung von Maßnahmen zur Mineralöleinsparung ist darauf zu achten, daß Wettbewerbsdisparitäten auf dem Mineralölmarkt zwischen den Mitgliedstaaten vermieden werden. Vor allem ist es erforderlich, daß es in absehbarer Zeit zu einer weiteren Angleichung der Mineralölsteuern in der Gemeinschaft kommt und es nicht beim Konzept der Festlegung von Mindeststeuersätzen bleibt.
- Zur Sicherung der Rohölversorgung kann auch die Energiecharta beitragen. Deshalb sollten von den Unterzeichnerstaaten sobald wie möglich verbindliche Rahmendaten geschaffen werden, die privaten Anlegern und Unternehmen aus dem Westen Anreiz zu Investitionen bei der Erdölförderung in der ehemaligen Sowjetunion bieten.
- Bei weiteren Umweltschutzmaßnahmen auf dem Mineralölsektor sollten verstärkt Kosten-Nutzen-Aspekte berücksichtigt werden. Außerdem ist es aus deutscher Sicht erforderlich, daß in der Gemeinschaft möglichst bald einheitliche Normen für Umweltschutzanforderungen gelten, damit bestehende Kostennachteile deutscher Raffinerien abgebaut werden können.
- Der geplante Beitritt der EG zur Internationalen Energieagentur (IEA) kann eine gute Basis für eine abgestimmte Vorsorgepolitik im Mineralölbereich in Krisenzeiten schaffen. Im übrigen verweist der Bundesrat auf seinen Beschluß vom 1. März 1991, Drucksache 16/91 (Beschluß).

- U 3. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung außerdem, sich bei der Grundsatzdebatte im Rat für eine Änderung der politischen Zielsetzungen im Hinblick auf die in Aussicht gestellte Förderung von Biomasse-Kraftstoffen einzusetzen.

Der Bundesrat stimmt mit der im Bericht der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages dargelegten Auffassung überein, daß eine Zunahme von N₂O durch Düngemittelinbringung unter dem Gesichtspunkt klimatischer Veränderungen schädlicher und auch durch eine Minimierung der CO₂-Emissionen nicht unproblematischer wird. Der Bundesrat lehnt daher eine steuerliche Förderung von Biomasse-Kraftstoffen unter Umweltschutzaspekten ab.

- EG U 4. Zur Klarstellung weist der Bundesrat darauf hin, daß die Zunahme des Erdölverbrauchs in den neuen Ländern durch die Aufgabe bestimmter Verwendungen der Braunkohle und nicht der Steinkohle zu erwarten ist.

B

5. Der Finanzausschuß
empfiehlt dem Bundesrat, von der Vorlage Kenntnis zu nehmen.